# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13593, Emil Schlegel / Geschäftsleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,90 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 29. November 1926 — Nummer 266


## Die Külzerei geht weiter!

Im Reichstag wurde am Sonnabend in der Beratung von Schund und Schmutz fortgefahren. Demokraten, Wirtschaftspartei, Bayrische Volkspartei, Völkische, Deutschnationale und Zentrumsleute bewiesen in höchst langweiligen Reden die Notwendigkeit dieses „Kulturgesetzes". Der Reichstag war fast leer und die wenigen Anwesenden hörten nicht zu. Nicht mal die eigenen Fraktionskollegen der Redner achteten auf das, was ihre Vertreter verzapften. Die Reden wirken trocken, öde und deshalb, wie die „sittlichen" Entrüstungen christlicher Jungfrauenvereine. Unwillkürlich fragt man sich, in wessen Auftrage dieser Bürgerblock von den Völkischen bis zu den Demokraten so einmütig für dieses Schmachgesetz ist. Ein großer Teil der Zeitungen der Mitte führte den schärfsten Kampf gegen das Gesetz (natürlich nur auf dem Papier). Der weitaus größte Prozentsatz aller Wähler dieser Herren „Volksvertreter" ist sicherlich gegen das Gesetz. Und sogar die Herren Pressevertreter rechter, pfäffischer und rechtester Zeitungen machen während der stumpfsinnigen Reden Witze über die „Külzerei" und sind wohl ohne Ausnahme gegen diesen Strangulierungsversuch der Meinungs- und Pressefreiheit.

Leben kommt nur dann in die Bude, wenn kommunistische Zwischenrufe die scheinheiligen Predigten unterbrechen, und unter größter Aufmerksamkeit der Tribünen und erleichtertem Aufatmen des ganzen Hauses wiederholt der kommunistische Redner noch einmal seine scharfen Anklagen gegen den beabsichtigten Belagerungszustand für die öffentliche Meinung.

Die Sozialdemokraten bemühen sich, das Gesetz brauchbar zu verbessern. Und es wird ihnen auch von den bürgerlichen Rednern bestätigt, daß sie nicht, wie die Kommunisten, absolute Gegner des Gesetzes seien, sondern doch immerhin zu „positiver Mitarbeit" sich bereitgefunden hätten.

*

Kurz vor der Vertagung kommt es noch zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, einen kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Beamtenbezüge auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Es sollte lediglich erreicht werden, daß der Antrag in der nächsten Plenarsitzung an den Ausschuß weitergeleitet wird, der zurzeit mit diesen Fragen beschäftigt ist. Eine derartige kurze Behandlung im Plenum, lediglich um die Beratung im Ausschuß zu ermöglichen, ist bisher in Hunderten von Fällen bei Anträgen aller Parteien allgemeiner Gebrauch gewesen. So erklärten sich auch heute die Deutschnationalen bereit, den kommunistischen Antrag zu unterstützen. Aber es gibt in diesem Reichstag Leute, die päpstlicher als der Papst, die reaktionärer und beamtenfeindlicher in ihrem Kommunistenhasse sind, als Herr Schulze-Bromberg von den Deutschnationalen. Der Abgeordnete Hermann Müller-Franken (SPD) erhob Einspruch, und so stimmten die Sozialdemokraten geschlossen gegen den kommunistischen Antrag. Wenn es sich auch nur um eine Geschäftsordnungsdebatte handelte, so ist dieser Zwischenfall doch bezeichnend und insofern wichtig, als er zeigt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz Herrn Külz und trotz dem Schundgesetz sich nicht nur als stille Teilhaberin, sondern sogar als Preisboxer dieser schwerindustriellen Regierung fühlt. Man sah deutlich, daß es einigen sozialdemokratischen Abgeordneten sichtlich schwer fiel, mit Hermann Müller gegen eine Behandlung der Beamtenforderung zu stimmen. Es fiel auch schon am Freitag allgemein auf, daß Hermann Müller, während ein sozialdemokratischer Redner gegen die sofortige Behandlung des Külzschen Schmutzes sprach und Ausschußüberweisung verlangte, daß ausgerechnet in diesem Moment Herr Hermann Müller auf die Regierungstribüne klettern mußte und dem zeitweiligen Republikaner Külz freundschaftlichst die Hand schüttelte! Wenn die „Leipziger Volkszeitung" am Freitag schreibt, daß von der Großen Koalition erfreulicherweise nicht mehr geredet würde, so dürfte das vielleicht die Meinung der „Leipziger Volkszeitung", aber sicher nicht die Absicht des sozialdemokratischen Parteivorstandes und offensichtlich auch nicht den Tatsachen entsprechend sein.

### Die Demokraten für das Schundgesetz

Berlin, 29. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der am Sonntag in Berlin tagende Reichsausschuß der Demokratischen Partei nahm nach einem Referat Kochs und nach einer Diskussionsrede von Külz folgende Entschließung an: „Der Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Absicht des Gesetzentwurfes gegen Schund und Schmutz, hält aber den Entwurf in seiner vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für unannehmbar." Das „Berliner Tageblatt" meldet: „Wie wir hören, wird die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit gegen das Schund- und Schmutzgesetz stimmen, und zwar auch für den Fall, daß sämtliche von ihrer Fraktion gestellten Abänderungsanträge angenommen werden."

### Geßler trägt sich mit Rücktrittsgedanken

Berlin, 29. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die Zeitungen melden: „Wie wir hören, trägt sich der Reichswehrminister mit Rücktrittsgedanken." Dazu erfahren wir aus Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß der Reichswehrminister Geßler nur noch von den Wehrnerhänden gehalten wird, die bei seinem Ausscheiden mit einer Verhängung des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 durch Hindenburg, oder falls sie dies nicht erreichen können, mit einem Putsch drohen. Diese treten deshalb für das Verbleiben Geßlers ein, weil er ganz in ihrer Hand ist. Sie pochen Geßler gegenüber auf gewisse, in seinem und dem damaligen Kabinettseinverständnis und mit Reichswehrgeldern ausgeführte Taten. Anscheinend gegen Geßler nahm auch der Reichsausschuß der Demokratischen Partei folgenden Beschluß an: **„Der Reichsausschuß erwartet die Fraktion, mit ernstlichem Nachdruck auf die Abstellung der Mängel zu dringen, die sich in der Reichswehr geltend gemacht haben, und sich für entscheidende, dem ganzen Volke sichtbare Schritte zur Sicherung des republikanischen Charakters in der Reichswehr einzusetzen."**

### Neue Anklagen gegen die Reichswehr

Wie der „Montag-Morgen" heute meldet, hat die Redaktion dieses Blattes durch den Rechtsanwalt Dr. Paul Levi, M. d. R., gegen den verantwortlichen Redakteur der „Berliner Börsenzeitung" Klage wegen Beleidigung erheben lassen.

Der „Montag-Morgen" hatte in seiner letzten Nummer unter der Ueberschrift: „Neue Anklagen gegen die Reichswehr" eine Mitteilung gebracht, zu der das Reichswehrministerium erklären ließ, es habe von diesen Dingen nichts gewußt. Die „Berliner Börsenzeitung" brachte diese Meldung des Reichswehrministeriums unter der Ueberschrift: „Neue Anklagen gegen die Reichswehr — neue Lügen gegen die Reichswehr."

Wegen dieser gröblichen Beleidigung klagt nunmehr der „MM", um die Gelegenheit zu bekommen, vor Gericht den Tatbestand der engen Verbindung gewisser Reichswehrstellen mit den nationalistischen Verbänden nachzuweisen. — Man wird bei diesem Prozeß neues, für die Reichswehr belastendes Material erwarten können.

## Kriegsgefahr und Kongreß der Werktätigen

In wenigen Tagen tritt der Kongreß der Werktätigen zusammen. Das erste Referat wird sich mit dem Thema: „Kriegsgefahr, Nationalisierungskrise und der Kampf des werktätigen Volkes um seine Existenz" beschäftigen.

Können wir heute von einer Kriegsgefahr sprechen, und in welchem Zusammenhang steht diese Frage mit dem Nationalisierungsprozeß und dem Existenzkampf des werktätigen Volkes?

Schon die Verlustziffern des hinter uns liegenden Weltkrieges, an denen Deutschland allein mit 2 Millionen und 400 000 Toten und 4½ Millionen Verwundeten beteiligt ist, zeigen, in wie hohem Maße gerade die werktätigen Schichten bei einem Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber nicht nur der Verlust des Ernährers trifft die Besitzlosen vielfach schwerer als die Besitzenden. Die Proletariermassen, die Massen der Kleinbauern und des Kleinbürgertums müssen außer den Opfern an Gesundheit und Leben auch noch den Löwenanteil der finanziellen Kosten der imperialistischen Kriege tragen.

Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe in der Nachkriegszeit zwischen Proletariat, verarmten Kleinbauern- und Mittelschichten auf der einen und der Bourgeoisie auf der anderen Seite, sind in der Hauptsache Kämpfe darum gewesen, wer die Kosten des vergangenen Krieges tragen und die Finanzierung neuer imperialistischer Kriegsabenteuer ermöglichen soll. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß es der deutschen Bourgeoisie gelungen ist, die Kosten des Krieges und die Lasten der Kriegsschulden an die „Siegerstaaten" restlos auf den Rücken der Massen der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen. Und in welcher Gestalt erscheinen die Lasten für die werktätigen Massen?

In Gestalt der Steuern, die den Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern und kleinen Handwerker ganz besonders hart belasten und von den letzteren immer größere Schichten proletarisieren. Weiter zahlen die Arbeiter, Angestellten und Beamten durch ihre gekürzten Löhne und Gehälter, durch verlängerte Arbeitszeit und durch intensivere Ausbeutung während des Arbeitsprozesses (Nationalisierung) ihren schweren Tribut „auf dem Altar des Vaterlandes", d. h. sie tragen mit ihrem Blut und Schweiß, mit dem Opfer ihrer Gesundheit und Lebenskraft die finanziellen Lasten des Krieges ab, der im Profitinteresse der deutschen Großbourgeoisie geführt worden ist, die durch Ausdehnung ihres Machtbereiches ihre Profitmöglichkeiten erweitern sollte. Und die werktätigen Massen bringen darüber hinaus noch die Kosten für die Kriegsvorbereitungen zu neuen imperialistischen Kriegen auf.

Denn jeder imperialistische Krieg ist die Brutstätte neuer imperialistischer Konflikte. Im letzten Weltkrieg standen sich die deutsche und englische imperialistische Machtgruppe gegenüber. Bereits in der Kriegs- und Nachkriegszeit bildeten sich neue Mächtegruppierungen. Dem englischen Imperialismus ist in dem amerikanischen ein starker, überlegener Rivale erwachsen. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer, einander sich feindlich gegenüberstehender imperialistischer Mächtegruppen.

Außer den Gegensätzen der einzelnen imperialistischen Mächte untereinander vereint sie alle das Bestreben, Sowjetrußland zu erledigen und die Beute untereinander aufzuteilen.

Auch die deutsche Bourgeoisie mischt sich in das Konzert der Imperialisten, das den neuen Weltkrieg einleitet.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund — der Schrei der schwarz-weiß-roten Kapitalisten nach Kolonien und der Schrei der schwarz-rot-goldenen Nationalisten nach einem „Großdeutschland" signalisieren zur Genüge den wieder stärker werdenden imperialistischen Appetit der deutschen Großbourgeoisie.

Die Tatsache der Kriegsgefahr kann durch pazifistische Phrasennebel nicht verschleiert werden. Die ganze große Völkerbunds- und Abrüstungslüge, um deren Verbreitung sich in der Hauptsache die Sozialdemokratie verdient macht, kann nicht über Zahlen und Tatsachen hinwegtäuschen. Lassen wir das „Friedensinstrument" — den Völkerbund — selbst sprechen. Die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes schreibt in einem Bericht vom Frühjahr 1926 über die Frage der Abrüstung u. a.:

**„Die Abrüstung ist noch immer eine unbeantwortete Frage, vor welcher die Regierungen der Welt stehen ... Sieben Jahre seit dem Krieg, der alle Kriege enden sollte, halten die Mächte der Welt auf dem Friedensstand mindestens 6 Millionen Truppen, und die organisierten Reservekräfte der Welt betragen zusammen zirka vierundzwanzig Millionen. Die bewaffneten Nationen sind heute infolge ihrer Maschinengewehre, der neuen chemischen Kampfmittel und Luftstreitkräfte furchtbarer in ihrer Ausrüstung als 1914. Die Flotten der Welt sind stärker. Die Luftflotten werden ständig ausgebaut und verstärkt."**

So ernst schätzen bürgerliche Kenner der Materie die Lage ein. Das sagt die „Abrüstungskommission" des Völkerbundes, deren Tätigkeit darin besteht, die durch Kriegstechnik überholten Kriegsmittel „abzurüsten".

Welches Bild ergibt sich bei einer zahlenmäßigen Darstellung des Standes der Rüstungsausgaben der wichtigsten

## Schwere Grubenkatastrophe

**3 Bergleute tot, viele verletzt.**

Hamm, 29. November.

In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf der Zeche De Wendel in Hamm eine Schlagwetterexplosion infolge eines Grubenbrandes, der gegen 11 Uhr abends auf der dritten Sole Flöz Robert ausbrach. In Abständen von 10 Minuten erfolgten zwei Explosionen durch Entzündung des Kohlenstaubes. Zum Glück waren in dem gefährdeten Revier nur 30 Mann beschäftigt. Die Explosion war so stark, daß alle Leute nicht nur in dem gefährdeten Revier, sondern auch in den benachbarten mit großer Gewalt zu Boden oder an die Wände geschleudert wurden. Eine zweite Explosion fand gegen 3 Uhr morgens statt. Es wurden bisher 2 Tote und 17 Verletzte, darunter drei Steiger und der Betriebsratsobmann, vielfach mit schrecklichen Brandwunden, geborgen. Heute früh ist einer der Verwundeten Bergleute im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, so daß bereit drei Todesopfer zu beklagen sind. Mehrere andere Schwerverletzte liegen hoffnungslos in den Krankenhäusern darnieder. Die Rettungsmannschaft war rechtzeitig zur Stelle.

### Verschleppung der Freilassung von Max Hölz

Am Sonnabend tagte der Reichsamnestieausschuß und nahm erneut Stellung zum Fall Hölz. Dr. Moses gab Bericht. Friede und Uebe wurden gehört. Entscheidungen wurden nicht getroffen. Dr. Moses soll zum Zuchthaus und eine volksparteiliche Dame zu der Gutsbesitzerin Heß fahren.

Der Ruf nach der Freilassung von Hölz muß noch stärker werden.

## Polizeiaktion gegen kommunistische Redakteure

Chemnitz, 29. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

**Der verantwortliche Redakteur des „Kämpfers" Genosse Haunschild wurde von der Polizei verhaftet, da angeblich Fluchtverdacht vorliegt. Es handelt sich bei dem ihm vorgeworfenen Vergehen auch um den Abdruck des Gedichtes „Achtung! Hunde!"**

### Hakenkreuzler schießen auf Reichsbannerdemonstranten

Berlin, 29. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Sonntagskundgebung des Reichsbanners ereignete sich ein Zwischenfall: während einer Rede von Löbe fuhr eine mit Hakenkreuzlern besetzte Elektrische um den Platz. Plötzlich ertönten von der Plattform der Straßenbahn mehrere Schüsse, durch die ein Reichsbannerarbeiter am Kopf getroffen wurde. Bevor noch festgestellt war, wer durch den Schuß verletzt war, brachten die erregten Reichsbannerleute, die ihre Fahrräder auf die Schienen warfen, die Straßenbahn zum Halten. Auf der Plattform, von der geschossen worden war, standen eine Reihe uniformierter Hakenkreuzler, darunter ein junger Mensch, der die herandrängenden Reichsbannermitglieder mit einem Dolchmesser abzuwehren versuchte. Ein Teil der Hakenkreuzler versuchte in der Richtung zum Hohenzollernpark zu flüchten. Etwa zehn von ihnen wurden von der empörten Menge eingeholt und verprügelt. Erst hinzukommende Reichsbannerleute und Schutzpolizeibeamte bewahrten sie vor schwerem Schaden. In der Straßenbahn wurden drei Revolver gefunden, die von den Hakenkreuzlern fertiggewerfen worden waren. Auf der Polizei